

Januar 2026

Debatte um Erbschaftssteuer: Der Junge Wirtschaftsrat fordert Vermögensbildung statt Substanzbesteuerung

Es stimmt: Zu viele Menschen haben zu wenig Vermögen in Deutschland. Genau deshalb brauchen wir Politik, die Vermögensaufbau ermöglicht – und nicht Reflexe, die am Ende vor allem den Mittelstand, Investitionen und Arbeitsplätze treffen. Mehr Teilhabe entsteht nicht dadurch, dass man die Unternehmensnachfolge verteuert, sondern dadurch, dass mehr Menschen überhaupt in die Lage kommen, Eigentum und Kapital aufzubauen. Das Beispiel Schweden zeigt, dass eine Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie der Vermögenssteuer dazu führt, dass Unternehmer im eigenen Land ihr Kapital reinvestieren und dadurch mehr Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland halten.

„Genau deshalb sehe ich die aktuelle Debatte zur Erbschaftsteuerreform kritisch,“ sagt Ferdinand Herfeldt, Bundesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates. „Reformen können sinnvoll sein – aber sie dürfen nicht zum kurzfristigen Kassensturz werden und dabei die Substanz unserer Sozialen Marktwirtschaft beschädigen.“

Zudem profitieren viele Erben aktuell von Freibeträgen sowie von Steuerbefreiungen für das Familienheim und den Hausrat. Eine pauschale Lösung würde diese Regelungen wahrscheinlich nicht in gleichem Umfang aufrechterhalten können – weder rechtlich noch praktisch.

Aus der Sicht des Jungen Wirtschaftsrates muss in der Reformdiskussion zwingend gelten:

- **Betriebsvermögen dürfen nicht angetastet werden.** Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wäre das ein fatales Signal an junge Leistungsträger, die eine Unternehmensnachfolge antreten sollen. Der Mittelstand steht durch die demografische Entwicklung vor einer Nachfolgewelle. Verantwortungsvolle Unternehmensnachfolge darf nicht bestraft werden.
- **Keine Diskriminierung von Familienbetrieben.** Bei jedem Generationenwechsel würde durch die Substanzbesteuerung systematisch die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der strategischen Unternehmensführung bei Familienbetrieben bestraft werden. Liquide Mittel aus gesunden Unternehmen müssten zur Zahlung der Erbschaftssteuer abgezogen werden, wodurch Arbeitsplätze und reale Wertschöpfung

gefährdet wäre. Eine Schlechterbehandlung von Familienunternehmen gegenüber Unternehmen mit anderen Eigentümerstrukturen ist daher nicht nachvollziehbar.

- **Wirkung und Einnahmen stehen in keinem Verhältnis.** Substanzbesteuerung erzeugt erheblichen Bewertungs- und Bürokratieaufwand für vergleichsweise wenige zusätzliche Steuereinnahmen – eine unverhältnismäßige Zumutung.
- **Keine Flat-Tax bei der Erbschaftssteuer.** Auch wenn diese Lösung auf den ersten Blick harmlos und einfach wirkt, führt sie gerade in Krisenzeiten zu untragbaren Mehrbelastungen für Betriebe. Stattdessen muss der Fokus auf Bürokratieabbau, ein Zurückfahren von Meldepflichten sowie zu mehr Digitalisierung bei Steuerverfahren liegen.
- **Leistungsgerechtigkeit statt Neidkultur.** Viele Hidden Champions sind Familienbetriebe und Rückgrat der Deutschen Industrie. Durch die Besteuerung von Erbschaften werden Bürger mit geringem Einkommen nicht vermögender. Für mehr Akzeptanz in der breiten Gesellschaft muss die Politik statt Neiddebatten den Vermögensaufbau fördern.
- **Steuerpolitik muss Planungssicherheit bieten.** Berechenbare Standortkosten sind zentral für langfristige Investitionen. Höhere Substanzbesteuerung schreckt Investoren und Unternehmen ab, sich in Deutschland anzusiedeln oder hier zu expandieren. Deutschland steht im globalen Wettbewerb. Durch Substanzbesteuerungen sinkt der Anreiz für langfristige Ansiedlung von Unternehmen erheblich.

„Für die Akzeptanz dieses Systems ist meiner Ansicht nach entscheidend, dass mehr Menschen real teilhaben, und zwar durch breiten Vermögensaufbau, nicht durch immer neue Belastungsrunden,“ fordert Ferdinand Herfeldt. „Sonst haben Nicht-Vermögende am Ende nichts davon, während wir Wachstum bremsen und Vermögensbildung noch schwerer machen.“

Vermögensbildung statt Substanzbesteuerung

Politik sollte sich daran messen lassen, ob sie Aufstieg und Eigentumsbildung ermöglicht. Anstatt reflexhaft die nächste Steuererhöhung zu diskutieren, ist eine Politik notwendig, die Eigentumsbildung, Investitionen und unternehmerische Verantwortung stärkt. Eine Substanzbesteuerung von Betriebsvermögen würde in wirtschaftlich angespannten Zeiten Investitionen bremsen, Arbeitsplätze gefährden und die Planungssicherheit am Standort Deutschland untergraben. Mehr gesellschaftliche Teilhabe entsteht nicht durch neue Belastungsrunden, sondern durch Rahmenbedingungen, die es mehr Menschen ermöglichen, Vermögen aufzubauen und Verantwortung zu übernehmen.